

Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **67 (1987)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bundesratswahlen – von der echten zur unechten Alternative

Bundesratswahlen haben ihre eigenen Gesetze. Kaum ein Wahltag ist wie der andere. Der 10. Dezember hat dies einmal mehr bewiesen. Wurden bei den letzten Wahlen, bei der Ersetzung von Rudolf Friedrich Ende 1984, dem Parlament von der FDP von sich aus zwei Kandidaten präsentiert, so hatte 1982 nach den Rücktritten von Fritz Honegger und Hans Hürlimann die Frage in der Luft gelegen, ob die beiden offiziellen Kandidaten Egli und Friedrich im Plenum nicht noch von prominenten Konkurrenten überrundet würden, die in den Fraktionen unterlegen waren – eine Möglichkeit, die auf Grund jahrzehntelanger einschlägiger Erfahrungen keineswegs gering eingeschätzt wurde.

Diesmal nun bot sich wiederum eine andere Situation dar. Schon im Vorfeld liefen die Dinge auf eher komplexe Art ab. Nach der Rücktrittserklärung von Bundespräsident Egli schien es um eine Einervakanz zu gehen, wobei sich ein Duell zwischen Innerschweiz und Tessin abzeichnete. Als später überraschend auch Bundesrat Furgler das Handtuch warf, entstand plötzlich ein «Dreiecksverhältnis» mit der Ostschweiz, das den Anspruch des Tessins unvermerkt auf indirekte Art aufwertete. Als prominentestes Opfer erschien dabei Ständerat Markus Kündig, der allerdings zunächst trotz seinem Verzicht weiterhin als Geheimfavorit mit im Spiel blieb.

Dann aber kam der Auftritt der Judith Stamm, die sich im Zeichen der Verstärkung des weiblichen Elements um den Einsitz im Bundesrat bemühte. Ihre Luzerner Kantonalpartei hatte zwar kein «Musikgehör», ein Teil der Medien dafür um so mehr. Sie zeige ausserordentlichen Mut, weil sie «eine so gut wie auf Vorrat verlorene Schlacht» schlage – was sie selbst für einen Publizisten vom Schlage Oskar Recks kurzweg zu einem «Zugewinn zum Besten des Landes» aufsteigen liess, «den nur ein fahrlässiges Wahlgremium ausschlagen» könne.

Nun, das Parlament *erwies* sich – um bei diesem Jargon zu bleiben – als fahrlässig, und zwar auf eine demonstrativ geschlossene Art. Trotz EVP, Landesring und extremer Linker, die Frau Stamm zur offiziellen Kandidatin erhoben, und trotz einer Sozialdemokratischen Fraktion, die der Versuchung mehrheitlich nicht widerstehen konnte, «Farbe» in das öde Parlamentsgeschehen zu bringen, erreichte die vorsätzliche Aussenseiterin lediglich 49 Stimmen – ein Resultat, dessen Bescheidenheit nur daraus erklärt werden kann, dass einerseits die an der Sprengaktion beteiligten Parteien am Wahltag zu einem wesentlichen Teil vom eigenen Mut verlassen wurden, und dass andererseits die bürgerlichen Bundesratsparteien das Heft resolut in die Hände nahmen und mit eindrucklicher Disziplin agierten.

So bestand das eigentlich politische Ergebnis der «Übung Stamm» darin, dass die wirkliche politische Alternative, nämlich jene in der Person von Markus Kündig, völlig unrealisierbar wurde. Denn jede Stimme für den anerkanntermassen starken Mann vom Zugersee hätte den ersten Wahlgang angesichts einer ursprünglich als durchaus erreichbar geltenden Stimmenzahl von 70 bis 80 für Frau Stamm zum Abenteuer mit völlig offenem Ausgang werden lassen können. All jene, welche die Nomination Stamm als zukunftssträchtige Alternative zum «soliden Mittelmass» der offiziellen Kandidaten hochstilisierten, nahmen damit einem Politiker jede Chance, dem die Fähigkeit zum souveränen Umgang mit dem hohen Führungsamt von keiner Seite ernsthaft abgesprochen worden war.

Dass dieser Aspekt in den Kommentaren der Medien zur Bundesratswahl völlig ignoriert worden ist, gehört mit ins Bild eines Entscheidungsablaufs, der in seinem Kern naturgemäss meist nüchtern bis langweilig ist und darum für viele Medien vor allem in seinen menschlich-allzumenschlichen Begleit-

erscheinungen und Begleitgeräuschen journalistisch interessant wird. Das kann indessen nicht darüber hinwegtäuschen, dass unser Regierungssystem praktisch keinen Raum für personelle Experimente auf höchster Ebene zulässt. Das Amt des Bundesrats erfordert nun einmal vor allem ein hohes Mass an Konsensfähigkeit, und zwar in dreifacher Richtung: mit der eigenen politischen Basis, mit dem Regierungskollegium sowie mit Parlament und Öffentlichkeit.

Das bedingt Praxis mit dem System und seinen Trägern. Hier liegt der Grund dafür, dass sich das Parlament weniger denn je aufs Glatteis nonkonformistischer personeller Lösungen begibt. Es hebt nur Leute auf den Schild, deren Fähigkeiten es abschätzen zu können glaubt. Das Risiko des Reinfalls ist bekanntlich auch dann noch erheblich. Dieses Verhalten ist sicherlich nicht spektakulär und publikumswirksam. Aber es entspricht letzten Endes eben dem Geist dieses Staates, der nicht das Produkt der vielgescholtenen Volksvertreter, sondern des Volkes selber ist.

Richard Reich

Anschlusszwang?

Der Energiemarkt befindet sich, wie jedermann weiss, im *Umbruch*. Noch ist nicht völlig klar, wie er sich entwickeln wird. Die energiepolitischen Ziele liegen zwar seit dem GEK-Bericht vor: Sparen, Substituieren, Forschen. Aber sie haben noch keine eindeutige gesetzliche Verankerung erfahren. Aus diesem Grunde schwimmen auch die Instrumente, mit denen Energiepolitik

betrieben werden soll. Der Substitutionseffekt ist zwar durch die Veränderung der relativen Preise auf dem Energiemarkt (Erdölschocks) deutlich sichtbar geworden. Aber sonst?

In diesem Vakuum nisten sich nun *heimlich Positionen* in den Energiemarkt ein, die eher fragwürdige Aspekte haben. Sie setzen sich mit Beharrlichkeit durch, obwohl sie eigent-

lich niemand haben möchte. Zu diesen Phänomenen gehört der mit der Fernwärme entstehende moralische oder auf Gemeindeebene gesetzlich verankerte Druck auf Etablierung eines *Anschlusszwanges*. Gewiss gibt es gute Gründe, die dafür ins Feld geführt werden können, dass die aus den Kühltürmen der Kernkraftwerke entweichende Wärme genutzt, d.h. «ausgekoppelt» und über ein Verteilsystem an potentielle Abnehmer abgegeben wird. Es ist bei diesem Spiel nun allerdings zu beobachten, dass die Errichtung von Fernwärmesystemen, weil an Leitungen gebunden, investitionsintensiv sind. Die Rentabilität hängt deshalb von der *Anschlussdichte* in einer bestimmten Region ab. Und weil bei solchen Verteilsystemen die Gemeinden ein gewichtiges Wort mitzureden haben, liegt die Versuchung nahe, mit sanfter oder weniger sanfter Seelenmassage die rentabilitätssichernde Anschlussdichte möglichst rasch sicherzustellen. Die Methoden, die für die Realisierung dieses Ziels eingesetzt werden, sind denn auch variantenreich,

streifen aber nicht selten den Tatbestand der Nötigung.

Wenn mit Zünftigen der Energiepolitik auf Bundes-, Kantons- oder Gemeindeebene gesprochen wird, so werfen sie bei der Frage des Anschlusszwangs zumeist gestenreich die Hände: niemals! Der Konsument soll Optionsmöglichkeiten haben. Der Aufbau regionaler Versorgungsmonopole mit Hilfe der öffentlichen Hand wird mit verbal aufwendigen Erläuterungen verworfen. Die tatsächliche Entwicklung deutet indessen in eine *andere Richtung*. Es liegt ein Dilemma zwischen betriebswirtschaftlichen Zwängen und dem Aufbau einer Energieordnung vor, die sich wenigstens einigermassen an den Prinzipien der Gesamtordnung orientieren sollte: und diese sagt unmissverständlich, dass der Konsument *Entscheidungsmöglichkeiten* haben und nicht unter den Hammer eines Monopols kommen soll. Es wäre deshalb wohl kein Luxus, wenn dem Problem des Anschlusszwanges etwas mehr politische Aufmerksamkeit gewidmet würde.

Willy Linder

Chirac in Nöten

Studenten und Schüler sind zu Hunderttausenden — nicht nur in Paris — auf die Strasse gegangen, um gegen ein Gesetz zu demonstrieren, das ihnen Angst um ihre Zukunftschancen einflösste und das vom Minister Devaquet, der für Hochschulfragen zuständig war und vor allem Forscher, sehr wenig Politiker ist, weder geschickt noch überzeugend oder überzeugt vertreten wurde. Erst wurden unter dem

Eindruck der massiven einmütigen und keineswegs ideologisch orientierten Proteste drei strittige Punkte zurückgezogen, schliesslich aber etappenweise das ganze Gesetz. Devaquet trat zurück; Erziehungsminister Monory übernahm dieses abgetrennte Ressort und tat, als hätte er ohnehin mit jener Reform nichts zu tun gehabt.

Nach dem doppelten Sinn des Wortes «recul» konnte die Presse das je

nach Tendenz anders darstellen. «Chirac prend du recul» — Chirac nimmt Distanz — las man im konservativen «Figaro». Das vermittelt einen Eindruck von kühler Überlegung. «Le gouvernement recule» hiess es in der Linkspresse: die Regierung weicht zurück, ergreift die Flucht.

Ebenso war allerdings im Juli 1984 Erziehungsminister Savary zurückgetreten, als Präsident Mitterrand das Gesetz, das die Stellung der privaten, meist katholischen, Schulen kompromittierte, zurückzog. Das war die erste Schlappe unter dem Druck der Öffentlichkeit, aber nach drei Jahren. Für Chiracs Regierung tritt diese Situation bereits nach neun Monaten ein.

Mitterrand hatte die Möglichkeit, einen «Wandel» zu kontrollieren, indem er den Regierungschef auswechselte: auf Mauroy folgte Fabius. Premierminister Jacques Chirac hat keine entsprechende Manövriermöglichkeit. Zudem ist die Koalition zwischen der Partei, die er vor zehn Jahren übernommen hatte, RPR, und den Gruppen, die einst Giscard d'Estaing als eine liberale Föderation gestützt hatten, zerbrechlich. Es fehlte wenig, dass am Tag nach den dramatischen Ereignissen die Regierung in der Nationalversammlung in Minderheit versetzt worden wäre. Oberflächlich hat die Krise die Koalitionspartner «zusammengeschmiedet», in Wirklichkeit bleiben die Spannungen.

Am 9. Dezember hat Präsident Mitterrand sich am Radio Europe I zwei Stunden lang geäußert und mindestens scheinbar — doch in der Politik kommt es auch auf den Schein an — das Verhältnis Schattenpräsident/mächtiger Premier ins Gegenteil verkehrt. Mitterrand selber sagte, er habe Chirac dringend empfohlen, sein Gesetz zurückzu-

ziehen. Er sei erfreut, dass sein Premier, der «oft gute Ideen habe, aber nicht immer zur rechten Zeit», ihm gefolgt sei. Dann verteilte der Präsident wie ein Monarch gemessenes Lob, insbesondere an Wirtschaftsminister Balladur. Seine These der «prééminence», der vorrangigen Autorität des Präsidenten gegenüber der Regierung, mag angefochten werden. Er klang in diesem Moment wirklich souveräner als der Premier.

Nun ist François Mitterrand der Chef der Opposition mit dem Vorteil, dass seine Partei die Linke praktisch allein vertritt, während Mitte und Rechte gespalten und mehrköpfig sind. Er präsidiert den Ministerrat. Daher können die unterschiedlichen Meinungen der Minister nicht offen diskutiert werden, was ebenfalls ein Faktor der Lähmung ist. Der Führer einer geschlagenen Linken wirkt heute mächtiger als der Führer der siegreichen Rechten. Das muss nicht so bleiben, zunächst aber ist es eine neue Gegebenheit.

Die Sozialisten hatten 1981 gesiegt, ohne mehr Wähler zu finden als in der vorhergehenden Parlamentswahl, die sie verloren hatten — es waren ihrer sogar weniger — wegen der tiefen Spaltung der bürgerlichen Parteien, wegen der Zwietracht ihrer Führer: Chirac gegen Giscard d'Estaing, was zu Millionen Stimmenthaltungen führte.

François Mitterrands Aufstieg nach der Niederlage hat die gleichen Gründe: der Zusammenhalt zwischen den bürgerlichen Parteien bleibt schwach, ihre Solidarität wie ihre Solidität fragwürdig. Mitterrands politisches Talent wird niemand unterschätzen, doch ist er in diesem Fall der Nutzniesser dieser Schwäche des anderen Lagers.

Die kommende Präsidentenwahl in

17 Monaten wirft ihren Schatten voraus. Die Krise wäre in einem rein parlamentarischen System leichter zu meistern. Chirac will den Bruch der «Kohabitation» vermeiden, in der Annahme, dass die Wähler, die mit dieser Kohabitation zufrieden sind, es den, der sie zerstört, büßen liessen; er muss inzwischen «Kröten schlucken».

Raymond Barre, der die Kohabitation bekämpfte und damit zum Aussenseiter wurde, mag der erfolgreiche Kandidat sein, wenn das Scheitern dieser «Zauberformel» offenbar wird und ihm recht gibt. Auf Seite der Liberalen, insbesondere der Republikanischen Partei, ist Kulturminister Léotard ein nicht aussichtsloser Anwärter. Valéry Giscard d'Estaing hingegen scheint die Hoffnung auf Rückkehr ins Elysée aufgegeben zu haben und aspiriert auf Präsidentschaft der EG. Die Rivalität zum Elysée kann, je mehr sich das Datum nähert, nur heftiger werden.

Jacques Chirac wollte sich den Werbeslogan der Sozialisten — «die ruhige Kraft» — aneignen und wirkte jetzt in dieser Krise weder ruhig noch stark. In dieser Lage gibt es immerhin einen nationalen Konsens — und der ist uner-

wartet genug. Die Sozialisten greifen die Privatisierung und die andern Reformen im Sinn des Wirtschaftsliberalismus nicht an. Sie hatten selber die Wende eingeleitet, haben stillschweigend ihre Doktrin verwässert oder aufgegeben. Eben deshalb kam es nicht auf wirtschaftlichem oder sozialem Gebiet zur Krise, sondern im andern gesellschaftlichen Bereich: der Schulen und Hochschulen. Zwei weitere Gesetzesvorlagen wurden nunmehr auf April — und vielleicht endgültig — verschoben.

In dieser eigenartigen Lage werden die Anwärter auf die Präsidentschaft weniger nach ihren nicht deutlich unterschiedenen Programmen beurteilt werden als nach ihrer Ausstrahlung, ihrer Persönlichkeit. Sogar die Möglichkeit, dass auch später die Franzosen ein bürgerliches Parlament und einen sozialistischen Präsidenten wählen, kann nicht ausgeschlossen werden. Damit hätte ein Liberalismus, der ruft «weniger Staat», dieses Programm verwirklicht, doch genau auf dem Gebiet der Handlungsfähigkeit, auf dem auch Liberale einen starken Staat brauchen.

François Bondy

Ungemach mit Klassikern auf der Bühne

An einem Dienstag im vergangenen Dezember, spät in der Nacht, diskutierten am Fernsehen DRS Theaterleute und Kritiker, ein Autor und eine Dame aus dem Publikum über den mancherlei Anstoss erregenden Umgang mit Klassikern auf der Bühne, in Zürich besonders, aber anderswo auch. Ich will ja nicht abstreiten, dass es partiell

ein lockeres und munteres Gespräch war, nicht frei zwar von Versuchen einzelner Teilnehmer, in der Diskussion über Inszenierungen vor allem sich selber gebührend in Szene zu setzen, aber auch nicht völlig unergiebig für einen Zuschauer, der die Aufschwünge und Abstürze, den Stilwandel und die blossen Moden, denen Theaterarbeit halt

immer wieder unterliegt, seit Jahrzehnten verfolgt. Dass die Misere der Klassikerinterpretation, die das eigentliche Thema der Runde war und die man nicht wird leugnen wollen, in bewusster und vielleicht auch unbewusster Begriffsverwirrung einen ihrer Gründe hat, machte das nächtliche Gespräch durch seinen Verlauf gleich selber deutlich.

Beginnen wir mit dem Kritiker. Die Theaterleute dürften ihn ruhig ernst nehmen. Er ist nun einmal ihr Partner, auch wenn er ablehnt, was sie machen. Denn er sagt ihnen in durchdachter, ausformulierter Weise, wie die Premiere auf ihn gewirkt hat. Er ist natürlich nicht repräsentativ für das Publikum. Doch das Publikum kennt man nicht; seine Motivationen, ins Theater zu gehen, sind nicht auf einen Nenner zu bringen. Die Kritik aber, also alle Kritiker, die sich zur Arbeit einer Bühne regelmässig und über viele Spielzeiten hinweg äussern, die Kritik insgesamt ist selbstverständlich ein Indikator dafür, wie Theaterarbeit gewirkt hat und ob sie gut oder schlecht, packend oder Langeweile erzeugend geleistet worden sei. Es ist billig, sich auf einen bestimmten Kritiker einzuschliessen, ihn gar als einen Mann mit veralteten und darum belächelten Ansichten hinzustellen. Er ist eine Stimme unter andern, von denen man an diesem Abend jedoch so tat, als gebe es sie gar nicht.

Damit hängt ein Zweites zusammen. Alle hatten nur ein wohlwollendes Lächeln für das, was sie Erinnerung nannten: das Nachleben starker und grosser Theatereindrücke im Bewusstsein, zum Beispiel also in der Erinnerung jener Dame aus dem Publikum, die in der Runde der Profis ihre bitteren Erfahrungen mit neueren Klassikerinterpre-

tationen schildern durfte. Ja ja, das ist ja ganz erfreulich, bekam sie zu hören. Jeder hat natürlich Erinnerungen an weit zurückliegende Theaterereignisse und an bedeutende Darsteller von einst, bitte schön, nur eben, Theater ist schliesslich eine aktuelle Auseinandersetzung mit Problemen, die unsere heutigen Probleme sind, auch wenn wir Klassiker spielen. Aber was uns Himmels willen ist das eigentlich für eine Kultur, die sich mit diesem ach so toleranten Lächeln von der Erinnerung distanziert? Sich zu erinnern, heisst Erreichtes, Erfahrenes, als gross und bedeutend Empfundenes nicht einfach als nostalgisches Gefühl pflegen. Es bedeutet Anspruch und Forderung. Es setzt ein Mass. Keine Wissenschaft wäre denkbar ohne Erinnerung, ohne Festigung des Gesicherten, ohne Weiterarbeit auf den Fundamenten, die schon gelegt sind. Und es gibt auch keine Literatur, keine Kunst, die geschichtslos, wie aus dem reinen Nichts entstünde. Vollends der Umgang mit Klassikern auf dem Theater ist doch genau das (oder sollte es wenigstens sein): die Erneuerung und Fortsetzung des gestalteten Dramas vom Menschen. Dieser Mensch mag im Ablauf der Jahrhunderte und der Generationen die Bedingungen seiner Existenz in kaum noch vorstellbarer Weise verändert haben. Aber das, was im Verlauf des Gesprächs am Fernsehen DRS einmal mit dem grossspurigen Ausdruck «archaische Grundbefindlichkeiten» bezeichnet wurde, ist geblieben, und eben das, sagt der Regisseur, kann und darf, ja muss man interpretieren.

Tut er das aber, wenn er Kleists «*Penthesilea*» zum Antagonismus zwischen partysüchtiger Weiblichkeit und Machismo im Offizierskasino umfunktionierte? Tut er es, wenn er Shakespea-

res Naturhaftigkeit zur kitschigen Künstlichkeit verdreht? Die Beispiele müssen hier genannt werden, weil Hans Hollmann, der in Zürich sowohl die «*Penthesilea*» wie «*Die lustigen Weiber von Windsor*» inszeniert hat, das Fernsehgespräch wortreich zu dominieren trachtete und mehrmals tatsächlich von Zensur sprach, wenn man auf die kritischen Einwände und die Proteste gegen derartige Parodien klassischer Werke zu sprechen kam. Es sollte doch noch erlaubt sein, nach der Motivation eines Inszenierungskonzepts zu fragen, auch nach Einzelheiten darin. Ich lehne ja nicht ab, was mich überzeugt als eine zeitgemässe, aber aus dem klassischen Werk heraus gewonnene Darstellung. Was jedoch nichts weiter als eine selbstherrliche Zutat ist, aus keinem andern Grund angeordnet als dem, anders als alle andern zu sein, lehne ich ab. Klassiker zu spielen, bedeutet nicht, historisches Theater zu machen. Es bedeutet nur, dass man sie ernst nimmt als Erfahrung und Beispiel im Umgang mit den «archaischen Grundbefindlichkeiten» des Menschen.

Das ist Anlass, einmal auch wieder von den Programmbüchern zu sprechen, die das Schauspielhaus Zürich seinen Inszenierungen mitgibt. Nichts steht darin über die Fragen, die hier anstehen. Man hat hinzunehmen, was auf der Bühne gemacht wird. Das Programmbuch (zum Beispiel das zu «*Die lustigen Weiber von Windsor*») befasst sich damit nicht im geringsten. Man kann da lesen, was ein Redaktor, der

als zugewandter Ort und keineswegs etwa als Mitglied der künstlerischen Leitung des Hauses arbeitet, zu Stichworten wie «Dummheit», «Geilheit» und «Eitelkeit» an denkwürdigen und auch eher blöden Zitaten zusammengetragen hat. Mit Falstaff hat das alles wenig zu tun. Aber die Abstinenz der Direktion und der Dramaturgie, ihre Arbeit und die Arbeit derer, die sie in ihrem Hause anstössige Inszenierungen machen lässt, in einen Rahmen zu stellen, zu erörtern und dem gutwilligen Theaterbesucher zu erklären, ihm zu helfen, wenn er im unwegsamem Gelände Hollmannscher Interpretationen Orientierung sucht, diese Abstinenz ist nachgerade notorisch. Nie werden wir wissen, warum im Kabinett des Doktors Cajus ein Gynäkologenstuhl stehen muss, und ob es wahr sei, dass die erste Szene nur darum vor zwei Abtritttüren spielt, weil Hans Hollmann den Friedensrichter und den walisischen Pastor zu Prostatikern gemacht hat, wird man auch nicht entscheiden können. Ein Gespräch über den Umgang mit Klassikern im Theater sollte nicht nur spät nachts am Fernsehen DRS geführt werden, sondern — zum Beispiel — auch in der Hauszeitschrift des Schauspielhauses und in den Programmbüchern. Man möchte doch gerne wissen, warum eigentlich die Dinge so sein müssen, wie sie auf der Bühne erscheinen. Ist das zuviel verlangt? Oder ist es am Ende gar schon Zensur?

Anton Krättli